

Hartmann, Hellmut

Article — Digitized Version

## Das "Gespenst" der US-Investitionen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hartmann, Hellmut (1965) : Das "Gespenst" der US-Investitionen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 11, pp. 569-571

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133537>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Das „Gespenst“ der US-Investitionen

**E**in Gespenst geht um in Europa — das Gespenst der US-Investitionen. Starke Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Allianz gegen dies Gespenst verbündet, allen voran Frankreichs de Gaulle und, ein wenig versteckt, doch hie und da sichtbar, Europäer aus Brüssel, französische Industrielle und deutsche Bankiers.

Jene vielzitierten Sätze des berühmten Kommunistischen Manifests kennzeichnen in leicht abgewandelter Form eine Situation, in der in völliger Umkehr der Fronten des Jahres 1848 eine Gefahr aus der Stärke des kapitalistischen Systems droht. Freilich, gar so gespenstisch, wie einst dem alten Europa der Kommunismus erschien, wirkt amerikanisches Kapital nicht. Auch hier zeigt sich, daß de Gaulles Stimme nicht repräsentativ für ganz Europa ist. Und auch Abs hat keineswegs für die gesamte deutsche Wirtschaft gesprochen, als er für eine Beschränkung der US-Investitionen eintrat. Immerhin ist ein — um es milde auszudrücken — gewisses Unbehagen an einem „Ausverkauf“ der deutschen, französischen oder belgischen Wirtschaft nicht zu verkennen. Und nimmt man die Äußerungen einiger exponierter „Anti-Amerikaner“, so ist das korrigierte Zitat von Karl Marx lediglich in dem Sinne übertrieben, als man im Falle der überseeischen Kapitalinvestitionen nicht als von einem unfaßbaren Gespenst sprechen kann. Handelt es sich doch bei den in amerikanischem Besitz oder unter amerikanischer Kontrolle stehenden Firmen um höchst reale Dinge, die sich leicht fassen und quantifizieren lassen. Dennoch fürchtet man den Einfluß von Mächten, die man nicht in der Hand zu haben meint, fürchtet man das Überhandnehmen von Geschäftsmethoden, die nicht in die deutsche Unternehmerlandschaft passen, kurz, fürchtet man um seine Existenz ähnlich, wie man vor mehr als hundert Jahren um die Existenz der traditionellen Wertewelt gefürchtet hatte.

Aber vergleicht man die Bedrohung von einst und heute, so erscheint die Situation von damals doch wesentlich anders: Radikale Ideen bedrohten den Zusammenhalt einer festgefügtten Welt. Gegen diese Ideen mußte man sich sozusagen natürlicherweise auflehnen. Aber wie sieht es heute aus? Die Bedrohung kommt nicht von einer radikalen, außerhalb des Systems beheimateten Idee, sondern aus dem „kapitalistischen“ System selbst, das in sich unangetastet bleibt. Und während man damals um den Besitz und den durch ihn garantierten Wohlstand bangte, bangt man heute um die Kontrolle des Besitzes. Denn daß der Wohlstand in Gefahr sei, kann wohl mit Fug und Recht nicht behauptet werden. Im Gegenteil, mit amerikanischem Kapital in der Automobilindustrie beispielsweise oder in einem Fortschrittsbereich, wie etwa der elektronischen Industrie, läßt sich sehr gut leben! Und Entwicklungen lassen sich in Gang setzen, die ohne die mächtige Kapitalspritze aus dem Westen niemals möglich wären. Woher kommt also jene Furcht vor Überfremdung?

Analysiert man die Äußerungen der Gegner transatlantischen Kapitaleinflusses, so wird man feststellen, daß statt handfester Argumente, die etwa ein wirtschaftliches Versagen der unter amerikanischem Kapitaleinfluß stehenden Gesellschaften beinhalten müßten, vage Formulierungen wie „unkontrollierbar“, oder schlicht „ausländischer Einfluß“, vor allem aber „Überfremdung“ in die Debatte geworfen

werden. Uns will scheinen, als ob man sich in diesem Falle längst überholter Denkklischees bedient, die eher aus dem Nähkästchen nationalistischen Empfindens stammen, als daß sie Früchte nüchternen ökonomischen Denkens darstellten.

Läßt man einmal alle nationalsentimentalen Überlegungen beiseite und fragt, was denn als ökonomisches Gegenargument vorgebracht werden kann, so stellt man fest, daß herzlich wenig als echter Einwand gegen das amerikanische Kapital bestehen kann.

Da wäre zum Beispiel das Argument der Finanzkontrolle, die im Falle einer amerikanischen Neu-Investition oder der Übernahme einer deutschen Gesellschaft durch amerikanisches Kapital nun jenseits statt diesseits des Großen Teiches ausgeübt würde. Ist es ökonomisch überhaupt relevant, wer die Kontrolle ausübt? Ökonomisch relevant könnte diese Frage doch nur werden, wenn sich herausstellte, daß der neue Finanzkontrolleur seine Macht nach anderen als wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausübte. Gerade dies aber kann man einem Geschäftsmann, welcher Nation er auch immer angehören mag, nicht unterstellen, der eigenes Kapital für ein neues Unternehmen investiert oder ein schon bestehendes mit eigenem Kapital aufkauft. Um eine möglichst große Rendite zu erwirtschaften, muß der Geschäftsmann nach den Gesetzen des Marktes handeln. Und die verändern sich sicherlich nicht auf Grund der Tatsache, daß eine Änderung in der Person des Kontrolleurs über das Kapital eintritt.

Das Argument, die Hereinnahme amerikanischen Kapitals in größerem Ausmaß schaffe volkswirtschaftlich eine Abhängigkeit, die sich möglicherweise ähnlich schädlich auf Deutschland und andere europäische Staaten auswirken könne wie in den 20er Jahren, ist ebensowenig haltbar. Immerhin besteht zwischen der Situation vor der Weltwirtschaftskrise und heute ein ganz entscheidender Unterschied. Kreditierten die Amerikaner damals die deutsche Wirtschaft, so handelt es sich diesmal um echte Investitionen, die nicht wie jene kurzfristig abrufbar sind.

Häufig ist auch eingewendet worden, die Größe der Geldgeber, die nicht selten hinter amerikanischen Investitionen in Europa stehen, wirke sich für eine Marktwirtschaft schädlich aus. Dies ist ein Argument, das gegen jegliche Konzentration im Unternehmensbereich vorgebracht werden kann. Will man hiermit die marktbeherrschende Stellung eines unter US-Einfluß stehenden Unternehmens brandmarken, muß man im gleichen Atemzug die marktbeherrschende Stellung aller derjenigen Unternehmen brandmarken, die deutsches Kapital hinter sich haben. Hier gilt wie bei jeder Konzentration der Satz, daß Konzentration an sich nicht böse ist, sondern daß es entscheidend auf die Verhaltensweise eines Marktriesen ankommt — sei sein Kopf nun amerikanisch, französisch oder deutsch. Im übrigen hat die Erfahrung gezeigt, daß die Stellung gerade marktbeherrschender Unternehmen in einer Marktwirtschaft durch Außenseiter permanent gefährdet ist, der Machtmißbrauch also infolge der drohenden Preisunterbietung durch die „kleinen Hechte im Karpfenteich“ weitgehend eingeschränkt ist. Außerdem hat die Erfahrung gelehrt, daß gewisse technische Prozesse erst durch den Großbetrieb wirtschaftlich genutzt zu werden pflegen. Das Argument der Größe würde in diesem Falle eher für als gegen eine Kapitalspritze aus Übersee sprechen.

Sofern sich der Vorwurf der größeren Kapitalstärke auf den Fall bezieht, daß US-Konzerne kleinere, mittelständische deutsche Unternehmen aufkaufen, weil diese sich anders nicht gegen die vorhandenen größeren deutschen Unternehmen der gleichen Branche durchzusetzen vermögen, so ist die Aversion gegen Uncle Sams Dollars unter ökonomischen Gesichtspunkten ebenfalls nicht zu verstehen. Im allgemeinen geht mit dem Kauf eines Firmenmantels eine durchgreifende Rationalisierung einher, deren Folge ist, daß die sieche Firma mit neuem Management und neuer Produkt-Palette wieder im Markt Fuß zu fassen vermag. Ist das — ökonomisch gesehen — ein negativer Vorgang? Für den bisherigen Inhaber mag es schmerzlich sein, ohnmächtig mit anzusehen, wie die väterliche Firma in neue Hände übergeht. Wäre es aber nicht ebenso schmerzlich, das ehemals blühende Unternehmen an der Rentabilitätsschwelle noch eine Zeitlang dahinzuschleppen, und dann doch einsehen zu müssen, daß man sich Hilfe von außen beschaffen muß,

um nicht unterzugehen? Und woher sollte die Hilfe auch kommen? Vom Staat wohl kaum, ist man sich doch gerade in jenen mittelständischen Kreisen angeblich längst darüber im klaren, daß j e g l i c h e r Eingriff in die private Initiative vom Übel sei, weil dadurch die Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt werde! Oder ist man etwa der Meinung, daß im Fall der staatlichen Unterstützung (etwa mittels direkter Subventionen) die Marktwirtschaft intakt bliebe?

Häufig ist auch eingewendet worden, durch die zunehmende Aktivität amerikanischer Investoren werde über den Umweg der Lobby die Wirtschaftspolitik beispielsweise der Bundesregierung in unzulässiger Weise beeinflusst. Gewiß, die Möglichkeit besteht. Aber ist ein unkontrollierter Einfluß der Wirtschaftsverbände (seien sie im landwirtschaftlichen oder welchem Sektor auch immer beheimatet) nicht ohnehin der Tod der Marktwirtschaft? Man könnte sogar argumentieren: Da dies so ist und da in mehr als eineinhalb Jahrzehnten beispielsweise in der Bundesrepublik bei der vorherrschenden Situation keine Änderung dieses der Marktwirtschaft korrumpierenden Zustandes erfolgt ist, müßte der Einfluß der US-Investitionen positiv statt negativ bewertet werden, bietet die weitverbreitete Furcht vor der Dollar-Invasion doch am ehesten die Gewähr dafür, daß man hierzulande Gesetze schafft, die eine Durchleuchtung des unerfreulichen Lobby-Wesens ermöglichen! Aber bei dem gegenwärtigen Stand von knapp 3,4 % US-Investitionen an den Gesamtinvestitionen ist hier wohl keine Änderung zu erwarten.

Bleibe als letztes der wichtigen stets wiederholten Argumente das Problem der unrealistischen Wechselkurse. US-Kapitaleigner — so wird etwa gesagt — könnten deutsche Firmen nur deshalb aufkaufen, weil die D-Mark für sie so billig sei. Das ist richtig. Nur ist dies d e s h a l b schon zu verurteilen? Sieht man den Vorgang einmal unabhängig von jedem gefühlsmäßig-nationalen Gesichtspunkt, sondern rein ökonomisch, so wird man zugeben müssen, daß der amerikanische Investor nicht nur von seinem Standpunkt aus vernünftig handelt, sofern er sein Kapital hier in Wirtschaftszweigen investiert, die in den USA kaum, in Europa aber eine noch recht ansehnliche Rendite erwirtschaften, weil dort — was häufig vorkommt — die Nachfrage nach bestimmten Gütern bereits abgeflacht ist, während der Nachfrageboom hier noch aussteht. Nicht nur für den (fremden) Investor bringt das so jenseits des Atlantiks eingesetzte Kapital mehr Profit. Die Produktivität insgesamt wird erhöht. An diesem Zusammenhang ändert sich auch dadurch nichts, daß bei einem Gewinntransfer auf Grund der Wechselkursrelationen der amerikanische Firmeneigner einen Teil seines DM-Gewinnes wieder einbüßt. Außerdem: Was will man mit dem Argument der unrealistischen Wechselkurse überhaupt sagen? Verstanden werden kann es doch wohl nur als ein Vorwurf gegen die Investoren, hier nicht „unverdient“ am Wirtschaftswachstum zu profitieren! Will man das wirklich zum Ausdruck bringen? — Nun gut, dann darf man sich aber nicht beklagen, wenn man den Gegenvorwurf zu hören bekommt, daß es sich hier um ein Argument handelt, das jenseits jeder wirtschaftlichen Vernunft liegt. Im übrigen: Haben sich jene Kritiker, die sich an dem niedrigen Preis der deutschen Unternehmen stoßen, schon einmal überlegt, daß dann auch die deutschen Exporte für US-Importeure „zu billig“ sind?

So sehen wir also, daß ökonomisch nichts gegen jenes Gespenst der US-Investitionen in Europa spricht. Im Gegenteil: Solange wir die Marktwirtschaft — auch international — wollen, spricht alles dafür. Auf einem anderen Blatt steht es allerdings, ob auch p o l i t i s c h alles für ein stärkeres transatlantisches Engagement spricht. Hierzu sei nur so viel gesagt, daß wir es uns schwer vorstellen können — wiederum allerdings aus ökonomischen Gründen —, daß bei einer Gesamtinvestitionssumme von 12 Mrd. \$ in Europa (nach „Fortune“) die Vereinigten Staaten eine Politik betreiben, die das Auslandskapital ihrer Bürger in Gefahr bringt. Bei Licht besehen, bleibt an jener Furcht vor Überfremdung also kaum etwas an Argumenten bestehen als jene Furcht vor Überfremdung selbst.

*Hellmut Hartmann*